

Regierungsrätin, Rechtsrutsch, Referenden

Zum ersten Mal seit dem Rücktritt von Franziska Roth im Juli 2019 sitzt ab dem nächsten Jahr wieder eine Frau in der Aargauer Regierung. Martina Bircher hat die Wahl mit 9000 Stimmen über dem absoluten Mehr und rund 22'000 Stimmen Vorsprung auf Beat Flach (GLP) und Ruth Müri (Grüne) auf Anhieb geschafft. Dass die SVP-Vertreterin den Einzug ungefährdet schaffte, hat mehrere Gründe – der wichtigste ist die Stärke ihrer Partei.

Die 40-jährige Aarburgerin hat mit der SVP, die kantonsweit neu auf einen Wähleranteil von fast 34 Prozent kommt, eine grosse Hausmacht. Ihre eigene Partei hat Bircher, die bei Kernthemen wie Asylwesen oder Sozialhilfe voll auf Linie politisiert, absolut hinter sich. Dass sie auch über die Parteigrenzen hinaus Stimmen machte, könnte mit ihrer liberalen Haltung bei Gesellschaftsthemen wie der Ehe für alle oder der Förderung von Kindertagesstätten zu tun haben.

Ein entscheidender Grund, dass Bircher die Wahl schaffte, war auch die für sie günstige Konstellation. Die vier Bisherigen liefen vorneweg und wurden ungefährdet bestätigt, um den fünften Sitz kam es zum Dreikampf zwischen SVP, GLP und Grünen. Dies war vor einem Jahr anders, als es im zweiten Wahlgang für den Ständerat zum Duell zwischen Benjamin Giezendanner (SVP) und Marianne Binder (Mitte) kam. Nun verteilen sich die Stimmen auf Bircher, Flach und Müri, und die Volkspartei-Vertreterin schwang oben aus.

Offen ist nun, welches Departement die neue Regierungsrätin ab dem 1. Januar 2025 übernimmt. Frei wird die Bildung, die bisher Parteikollege Alex Hürzeler unter sich hatte. Bircher hat sich dafür bereits positioniert, in einem 10-Punkte-Plan fordert sie unter anderem die Abschaf-



So sieht die Kantonsregierung ab 2025 aus: Stephan Attiger (FDP, bisher), Dieter Egli (SP, bisher), Markus Dieth (Mitte, bisher), Martina Bircher (SVP, neu), Jean-Pierre Gallati (SVP, bisher).
Bild: Fabio Baranzini

fung der integrativen Schule. Nicht nur deshalb gibt es Kräfte im links-grünen Lager, die SP-Regierungsrat Dieter Egli drängen, das Bildungsdepartement zu übernehmen.

Dieser gab sich bisher bedeckt, schloss einen Wechsel aber auch nicht aus. Wählen kann Egli als Bisheriger vor Bircher, der Regierungsrat dürfte die neue Departementsverteilung zeitnah besprechen. Fest steht: Martina Bircher hat klare Vorstellungen,

wie sie ihre Ressorts führen will. Dass sie dafür Mehrheiten in der Exekutive finden muss, ist sich die SVP-Frau aus dem Stadtrat von Aarburg gewohnt. Neu dazu kommt, dass sie Vorlagen in einem Parlament, im Grossen Rat, durchbringen muss.

Dies dürfte Bircher nach dem Rechtsrutsch am Wahlsonntag allerdings leichter fallen als erwartet. Künftig haben SVP (48 Sitze), FDP (22 Sitze) und EDU (3 Sitze) zusammen eine

absolute Mehrheit im Parlament. Die drei Parteien kommen auf 73 Sitze, das ist mehr als die Hälfte der 140 Mandate. Wenn alle Mitglieder dieses rechtsbürgerlichen Blocks anwesend sind und geschlossen stimmen, können sie Vorlagen ohne Stimmen anderer Parteien beschliessen oder ablehnen.

Ganz so absolut ist die Mehrheit indes nicht: Fast immer sind ein paar Ratsmitglieder abwesend, und auch

innerhalb der Fraktionen von SVP/EDU und FDP gibt es Abweichler, die nicht einheitlich stimmen. Und vollständig dominieren werden die rechtsbürgerlichen Kräfte auch künftig nicht. Eine Auswertung der Grossrats-Entscheide in der laufenden Legislatur hat gezeigt, dass SVP und FDP nur bei rund 66 Prozent der Vorlagen gemeinsam stimmen.

In vielen Punkten sind sich die drei rechtsbürgerlichen Parteien aber einig: Gemeinsam könnten sie Steuererhöhungen beschliessen, die integrative Schule abschaffen oder eine kantonale Bewilligung für Blitzer einführen. Bisher brauchte es für solche Entscheide ein paar Mitte-Stimmen, künftig wäre dies nicht mehr nötig. Ganz neu ist die Situation indes nicht: 2001 holten SVP und FDP zusammen 112 Sitze im Grossen Rat, der damals noch 200 Mitglieder hatte. Vier Jahre später wurde das Kantonsparlament auf 140 Sitze reduziert, SVP und FDP kamen noch auf die Hälfte der Mandate.

Seither waren es zusammen höchstens 69 Sitze – mit den neuen Mehrheitsverhältnissen ändert sich die Ausgangslage nun markant. Mitte-Links kann rechtsbürgerliche Beschlüsse im Rat nicht mehr verhindern. Ihnen bleibt nur das Behördenreferendum, um Vorlagen an die Urne zu bringen. Zu einem solchen Referendum und einer Volksabstimmung kommt es, wenn 35 Ratsmitglieder dafür stimmen. Das demokratische Mittel mit der sperrigen Bezeichnung könnte in den nächsten Jahren häufiger benutzt werden.



Fabian Hägler
fabian.haegler@chmedia.ch